



HESSISCHER LANDTAG

09. 05. 2019

Kleine Anfrage

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) und Saadet Sönmez (DIE LINKE)
vom 15.03.2019

Verlust des Freizügigkeitsrechts bei Unionsbürgerinnen und -bürgern – Teil II

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Das Recht von Unionsbürgerinnen und -bürgern, sich innerhalb der EU-Staaten frei zu bewegen und in jedem Mitgliedsstaat wohnen und arbeiten zu dürfen, ist für die Bürgerinnen und Bürger eine der größten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. In Hessen leben fast 500.000 EU-Bürgerinnen und Bürger. Doch nicht alle können sich das beschriebene Freizügigkeitsrecht zu Nutze machen. Insbesondere EU-Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer sozialen Notsituation befinden, wohnungslos sind und/oder auf Sozialhilfe angewiesen sind, profitieren nicht vom „solidarischen Europa“, da sie nach Freizügigkeitsgesetz/EU das Freizügigkeitsrecht verlieren können, was zur Abschiebung in den Herkunftsstaat und zu einem Wiedereinreiseverbot führen kann.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Gibt es ermessensleitende Verwaltungsvorschriften des Landes Hessen, die den Ausländerbehörden vorgeben, in welchen Fällen bei einem Unionsbürger bzw. einer Unionsbürgerin der Verlust des Freizügigkeitsrechts gem. § 5 Absatz 4 Freizügigkeitsgesetz/EU festgestellt werden soll?
- Frage 2. Gibt es Vorgaben des Landes Hessen an die Ausländerbehörden, in welchen Fällen das Vorliegen oder der Fortbestand der Voraussetzungen des Freizügigkeitsrechts überprüft werden soll?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat keine ermessenslenkenden Verwaltungsvorschriften oder anderweitige, allgemeingültige Vorgaben zur Verfahrensweise der Ausländerbehörden in den genannten Fallgestaltungen herausgegeben.

- Frage 3. In wie vielen Fällen haben Betroffene gegen die Feststellung des Verlusts der Freizügigkeit Rechtsmittel eingelegt?
- Frage 4. Wie viele dieser Fälle wurden positiv beschieden?

Die Fragen 3 und 4 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine statistische Erfassung der Entscheidungen über das Nichtbestehen und die Feststellung des Verlusts der Freizügigkeit erfolgt grundsätzlich nicht. Die Ausländerbehörden und Regierungspräsidien, die seit 1. Juli 2018 für Verlustfeststellungen nach § 6 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU zuständig sind, waren anhand ihres Datenbestands in der Lage, belastbare Angaben für 2017 und 2018 zu ermitteln.

Zur Beantwortung der Fragen 3 und 4 wurden Entscheidungen nach den §§ 2 Absatz 7, 5 Absatz 4, 6 Absatz 1 Freizügigkeitsgesetz/EU über die Feststellung des Verlusts und des Nichtbestehens der Freizügigkeit für die Jahre 2017 und 2018 zugrunde gelegt.

Unionsbürgerinnen und -bürger haben in den Jahren 2017 und 2018 in 139 Fällen gegen die Feststellung des Verlusts und des Nichtbestehens der Freizügigkeit Rechtsmittel, d.h. Klage, eingelegt.

In einem dieser Fälle wurde der Klage bislang stattgegeben.

Frage 5. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Unionsbürgerinnen bzw. -bürger reisten im Zeitraum 2015 bis 2018 freiwillig aus bzw. nicht freiwillig aus?

In dem Zeitraum 2015 bis 2018 sind insgesamt 80 ausreisepflichtige Unionsbürgerinnen und Unionsbürger freiwillig ausgereist.

Im gleichen Zeitraum wurden insgesamt 482 ausreisepflichtige Unionsbürgerinnen und Unionsbürger abgeschoben.

Frage 6. Wie viele Unionsbürgerinnen bzw. -bürger wurden im Zeitraum 2013 bis 2018 in Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam genommen?

Im Zeitraum von März 2018 bis Dezember 2018 wurden mindestens fünf Unionsbürger in Abschiebungshaft genommen. Diese Zahl beinhaltet nur die Personen, die seit der Errichtung der hessischen Abschiebungshafteinrichtung Darmstadt-Eberstadt am 27.03.2018 dort untergebracht waren. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die in Abschiebungshafteinrichtungen anderer Bundesländer untergebracht sind, werden statistisch nicht erfasst. Ebenso liegen keine statistischen Daten für den Zeitraum 2013 bis 2017 vor. Eine nachträgliche Erhebung der Daten wäre mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden gewesen, da dies eine Sichtung des gesamten in Frage kommenden Aktenbestands für den gesamten Anfragezeitraum in allen 31 kommunalen hessischen Ausländerbehörden erforderlich gemacht hätte.

Frage 7. Bei wie vielen wurden die Abschiebung vollzogen?

Frage 8. Welche Staatsbürgerschaft hatten diese Personen inne?

Die Fragen 7 und 8 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Von den in Antwort 6 genannten fünf Personen wurde in drei Fällen die Abschiebung vollzogen. Bei diesen drei Personen handelte es sich um einen bulgarischen, einen polnischen und einen rumänischen Staatsangehörigen. In den anderen zwei Fällen wurde Strafhaft bzw. Auslieferungshaft angeordnet. Bei diesen zwei Personen handelte es sich um einen estnischen und einen litauischen Staatsangehörigen.

Wiesbaden, 26. April 2019

Peter Beuth